



KANTONSRATSPROTOKOLL

Sitzung vom 28. Januar 2019
Kantonsratspräsidentin Hildegard Meier-Schöpfer

A 696 Anfrage Huser Barmettler Claudia und Mit. über den aktiven Einbezug der betroffenen Bevölkerung bei der Variantenprüfung im Projekt Spange Nord / Bau-, Umwelt- und Wirtschaftsdepartement

Die Anfrage A 696 wurde auf die Januar-Session hin dringlich eingereicht. Der Regierungsrat lehnt die dringliche Behandlung ab. Claudia Huser Barmettler hält an der Dringlichkeit fest.

Claudia Huser Barmettler: Ich halte an der Dringlichkeit fest, da alle Dringlichkeitskriterien erfüllt sind. Das Thema hat ein hohes politisches Gewicht, und die Öffentlichkeit erwartet eine umgehende Stellungnahme. Wenn Sie der Meinung sind, dass ein einstimmig überwiesener Auftrag unseres Rates nicht genügend politisches Gewicht hat, erinnere ich an die rund 2000 Einwohner und die Quartiervereine, die eine Antwort erwarten. Das Anliegen verträgt keinen Aufschub, da im Herbst bereits die Rückmeldungen zu den Varianten vorliegen. Deshalb müssen wir jetzt wissen, wie die Bevölkerung mit einbezogen werden soll. Das Anliegen kann nicht bei einem anderen traktandierten Geschäft eingebracht werden. Die nächste Debatte im Rat findet im Herbst statt, alles andere wird in der Kommission besprochen. Aufgrund des Kommissionsgeheimnisses kann die Bevölkerung nicht informiert werden. Das Anliegen tangiert kein laufendes Verfahren und fällt klar in den Zuständigkeitsbereich des Kantons Luzern. Die Bevölkerung hat ein Anrecht auf weitere Informationen.

Hannes Koch: Die Anfrage ist von aussergewöhnlich hohem politischem Gewicht und verträgt keinen Aufschub, da die Bevölkerung eine Reaktion erwartet. Es ist klar Sache der Regierung zu erklären, wie sie das Gespräch mit der Bevölkerung suchen will. Die Grüne Fraktion stimmt der Dringlichkeit zu.

Marcel Budmiger: Die SP-Fraktion stimmt der dringlichen Behandlung ebenfalls zu. Das öffentliche Interesse der betroffenen Quartiere ist immens, das scheint dem zuständigen Departement leider immer noch nicht klar zu sein. Die Befürworter der Spange Nord haben der Bevölkerung mehr Mitsprache bei der weiteren Planung versprochen, davon sind wir aber noch weit entfernt. Wenn die Bevölkerung tatsächlich mit einbezogen werden soll, dann muss das in der Phase der Variantenprüfung geschehen und nicht erst dann, wenn die neue Bestvariante beschlossen worden ist. Wenn Sie gegen die Dringlichkeit stimmen, wird der Verdacht erhärtet, dass es sich beim Ganzen nur um ein Ablenkungsmanöver handelt.

Erich Leuenberger: Ich beantrage, die Dringlichkeit wegen Erfüllung abzulehnen. Als Mitglieder der VBK sind wir darüber informiert, in welcher äusserst aufwendiger Art und Weise die interessierte Bevölkerung mit einbezogen und begleitet wird.

Hannes Koch: Der Auftrag ist nicht erfüllt, denn es geht darum, mit der Bevölkerung zu kommunizieren. Das hat nicht stattgefunden. Daher ist die Anfrage dringlich zu behandeln.

Für den Regierungsrat spricht Bau-, Umwelt- und Wirtschaftsdirektor Robert Küng.

Robert Küng: Die Zusatzaufträge zum Planungsauftrag, die erweiterte Variantenprüfung

und die Information der Betroffenen sind im Gang. Wir haben die VBK umfassend über die Überprüfung informiert sowie den Informationsfahrplan vorgelegt, besprochen, und eingehalten. Jetzt brauchen wir aber Zeit. Die Phase zwei der erweiterten Überprüfung der Varianten läuft zurzeit. Danach werden wir transparent über die erfolgte Überprüfung informieren. Der Auftrag lautet, die betroffene Bevölkerung zu informieren und nicht mitwirken zu lassen. Um entsprechende Gespräche führen zu können, müssen wir wissen, wer alles davon betroffen ist. Daher braucht es zuerst eine fachliche Auslegeordnung. Die Variantenüberprüfungen finden ergebnisoffen statt, von einer Mitwirkung kann aber nicht die Rede sein. Laut Claudia Huser Barmettler diskutieren wir diesen Herbst wieder über die Spange Nord. Dem ist nicht so, denn wir behandeln die Spange Nord erst wieder im Parlament, wenn die Vorlage für ein Bauprojekt vorliegt, was wohl noch drei Jahre dauern wird. Lassen Sie uns arbeiten und mit der VBK kommunizieren, und lehnen Sie die Dringlichkeit ab.

Der Rat lehnt die dringliche Behandlung mit 71 zu 39 Stimmen ab. Die nötige Zweidrittelmehrheit wurde nicht erreicht.